

Antrag

der Abgeordneten Dr. Malte Kaufmann, Leif-Erik Holm, Enrico Komning, Bernd Schattner, Uwe Schulz, Dr. Michael Ependiller, Sebastian Münzenmaier, Kay-Uwe Ziegler, Carolin Bachmann, Dr. Christina Baum, Barbara Benkstein, Marc Bernhard, René Bochmann, Peter Boehringer, Marcus Bühl, Steffen Janich, Dr. Michael Kaufmann, Jörn König, Mike Moncsek, Edgar Naujok, Jan Wenzel Schmidt und der Fraktion der AfD

Den Rohstoffmangel in Deutschland beheben und die Versorgung der Industrie mit kritischen Rohstoffen sicherstellen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Weder die nationale noch die europäische Allianz zur Rohstoffsicherung konnte die Versorgungssicherheit von deutschen Unternehmen mit Rohstoffen wiederherstellen. Die Rohstoffknappheit und Inflation bremsen die Wirtschaft weiter aus. Die noch aktuelle Rohstoffstrategie der Bundesregierung aus der vergangenen Legislaturperiode vom 14. Januar 2020 konnte weder Rohstoffknappheit in Deutschland beheben noch die Abhängigkeit von Importen verringern (<https://www.dw.com/de/heute-russland-morgen-china-europas-gef%C3%A4hrliche-abh%C3%A4ngigkeit-bei-kritischen-metallen/a-61449348>).

Ebenso wenig kann das Eckpunktepapier des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz unter dem Titel: „Wege zu einer nachhaltigen und resilienten Rohstoffversorgung“ vom 30.01.2023 die Rohstoffversorgung in Deutschland gewährleisten noch die Abhängigkeiten aus dem Ausland beseitigen. Ganz im Gegenteil, es verschärft durch den geplanten Ausstieg „aus den fossilen Technologien“ und die „Transformation hin zu treibhausgasneutralen Technologien“ die deutsche Abhängigkeit von Importen seltener Rohstoffe aus dem Ausland (<https://www.heise.de/news/Energiewende-Forscher-warnen-vor-neuen-Rohstoff-Abhaengigkeiten-8993756.html>).

Gleichmaßen sieht die aktuelle EU-Verordnung „zur Schaffung eines Rahmens zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen und zur Änderung der Verordnungen“ vom 20. März 2023 weitere Vorschriften vor: die Quotenvorgaben dafür, woher die Rohstoffe stammen sollen, Pflichtvorgaben zur Benennung einer Behörde für das Monitoring oder Pflichtvorgaben zum Stresstests für die Unternehmen.

Es bedarf einer neuen nationalen Strategie zur Rohstoffsicherung ohne sachfremde Maßnahmen oder Forderungen, die die Interessen der deutschen Industrie in den Mittelpunkt stellt.

Angesichts der strategischen Bedeutung des Themas und um die Abhängigkeit Deutschlands von Rohstoffimporten nicht weiter zu verschärfen, muss diese Strategie mit besonderer Priorität oder ideologische Bedenken zeitnah beschlossen und unbürokratisch umgesetzt werden.

- II. Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. eine neue Strategie zur Sicherung von Rohstoffen vorzulegen, welche die vorausgegangenen vollständig ersetzt;
 2. durch eine langfristig orientierte Rohstoffpolitik im deutschen Interesse der Sicherstellung der Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Rohstoffen Vorrang vor sachfremden Auflagen oder Forderungen, wie etwa Lieferkettensorgfaltspflichten, einzuräumen;
 3. die Politik der sogenannten „sozial-ökologischen Transformation“ der Bundesregierung und der EU entschlossen und durchgreifend zu beenden,
 - a. um den Bedarf an seltenen Rohstoffen nicht durch die sogenannte „sozial-ökologische Transformation“ weiter zu erhöhen beziehungsweise, um den Rohstoffmangel nicht weiter zu verschärfen und somit die Abhängigkeit von Importen aus dem Ausland nicht weiter zu erhöhen;
 - b. um staatsdirigistische Eingriffe in das Marktgeschehen zu beenden und marktwirtschaftliche Verhältnisse wiederherzustellen;
 - c. und statt verpflichtende Recycling-Quoten vorzugeben, freiwillige Recyclingalternativen anzubieten;
 4. die Forschung und das Know-How im Bereich Rohstoffe auszubauen. Hierzu gehören insbesondere
 - a. Technologieoffenheit, die die Effizienz in der Produktion steigern und durch die der Bedarf an kritischen Rohstoffen gesenkt werden kann;
 - b. Innovation in der Kreislaufwirtschaft;
 - c. Erforschen von Rohstoffen, die zur Erzeugung von Energie dienen (inklusive Kernenergieforschung);

5. von verzichtbaren regulatorischen Belastungen auf Unternehmen, wie etwa in der EU-Verordnung über kritische Rohstoffe vorgesehenen Stresstests, verzichtbaren Berichtspflichten sowie anderen Regularien, die als Ergänzung „für eine Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen“ verstanden werden, abzusehen und sich auf das Sachgebiet der Rohstoffsicherung zu konzentrieren;
6. nationale Rohstoff-Verbände, Rohstofffonds beziehungsweise Einkaufsgemeinschaften zu stärken oder, sofern bisher nicht geschehen, deren Gründung zu fördern, um die Versorgungsfähigkeit in kritischen Branchen durch marktwirtschaftliche Mechanismen zu verbessern;
7. steuerliche Anreize für Rohstoffbevorratungsrücklagen von kritischen Rohstoffen durch Unternehmen zu schaffen;
8. die Beteiligung deutscher Unternehmen an der Erschließung neuer Rohstoffquellen im In- und Ausland zu unterstützen;
9. durch längerfristige Rohstoffverträge und Kooperationsprojekte den Bezug von Rohstoffen perspektivisch zu sichern;
10. die Rohstoffabhängigkeiten Deutschlands zu reduzieren
 - a. durch Diversifizierung von Rohstofflieferketten aus dem Ausland und
 - b. durch weiteren Ausbau des Bergbaus beziehungsweise der Rohstoffgewinnung in Deutschland unter Einbeziehung der Bevölkerung vor Ort;
11. von einer Sanktionspolitik abzusehen, die deutschen Interessen zuwiderläuft und die strategische Versorgung im Land gefährdet.

Berlin, den 4. November 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Zu Forderungen 1 und 2:

Bereits 2012 kündigte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) Gründung einer Allianz zur Rohstoffsicherung an. Zwölf Unternehmen wollten den Aufbau der Allianz zur Rohstoffsicherung finanzieren, unter ihnen waren Industrie-Riesen wie Aurubis, BASF, Bayer, Eon, Evonik, Bosch, Daimler, BMW und Thyssen-Krupp. Zweck der Gründung einer Allianz war die Rohstoffsicherung für die deutsche Industrie. Die Strategie strebte eine Beteiligung von deutschen Unternehmen bei Rohstoffprojekten im Ausland, u.a. Erkundung, Gewinnung, Aufbereitung und Liefermöglichkeiten an. Der damals amtierende Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) unterstützte diese Initiative, die „mehr Vielfalt bei den Bezugsquellen auch mit Fördermitteln und Rohstoffabkommen“ schaffen sollte (<https://www.heise.de/autos/artikel/Allianz-zur-Rohstoffsicherung-gegruendet-1424966.html>).

Da die nationale Allianz zur Rohstoffsicherung die Versorgungssicherheit von deutschen Unternehmen nicht wiederherstellen konnte, wurde im Jahr 2020 die Europäische Rohstoff-Allianz gegründet (https://de.finance.yahoo.com/nachrichten/europ%C3%A4ische-rohstoff-allianz-steht-sicherer-145419737.html?guce_referrer=aHR0cHM6Ly93d3cuZ29vZ2xlLmRILw&guce_referrer_sig=AQAAABU0vomnIcQ3SA-ivqJESxi8Tl9JSw5zHv31-TDrDnjYORDFF_qpghsCpDwncSVXQERn-PCVV2Rw7llozrOJLOJYmy0Rqoonq9eclu9zFhUp9AkCO-K57Nqjq6U4zlk9qodl2XsjQh-POzW6jEsV8QjuxNzSaWShAQICazR9FYPK&guccounter=2).

Die EU-Volkswirtschaften wollten mit der Gründung eines EU-Bündnisses gegen die Versorgungsengpässe vorgehen. Die EU-Rohstoff-Allianz wollte die Versorgungssicherheit mit kritischen Rohstoffen, wie etwas Lithium, seltenen Erden, sicherstellen. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) begrüßte die Gründung der EU-Rohstoffe-Allianz, die „die Widerstandsfähigkeit der EU in den Wertschöpfungsketten für Seltene Erden und Magnete“ erhöhen sollte (<https://www.automobilwoche.de/agenturmeldungen/europaische-rohstoff-allianz-mit-herkunftsländern-steht>).

In der Rohstoffstrategie der Bundesregierung werden weder die nationale noch die europäische Allianz zur Rohstoffsicherung erwähnt, was nochmals den Verdacht verstärkt, dass diese Initiativen erfolglos waren. Auch die Rohstoffstrategie der Bundesregierung selbst (Fortanschreibung der Rohstoffstrategie der Bundesregierung vom 14. Januar 2020) hatte nicht zur Behebung des Rohstoffmangels geführt.

Der immer akuter werdende Rohstoffmangel und die weiter zunehmende Abhängigkeit Deutschlands von Importen strategischer Rohstoffe aus China verdeutlichen die Notwendigkeit einer neuen nationalen Strategie, die frei von sachfremden Forderungen, den Zweck erfüllen würden, nämlich die Behebung des Rohstoffmangels in Deutschland und die Versorgung der Industrie mit kritischen Rohstoffen.

Zu Forderung 3:

Sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene wurde die Abhängigkeit von begehrten Rohstoffen durch die sogenannte ökologische Transformation weiter verschärft. Das bestätigt unter anderem die Studie der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, unter dem Titel „Staatliche Instrumente zur Erhöhung der Versorgungssicherheit von mineralischen Rohstoffen“, die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) in Auftrag gegeben wurde, bestätigt den Zusammenhang zwischen der Versorgungssicherheit mit Rohstoffen und „der immer konkreter werdenden Anforderungen zur Dekarbonisierung“.

Die sogenannte ökologische Transformation der Bundesregierung mit schwerwiegenden planwirtschaftlichen Eingriffen in die freie Marktwirtschaft drängt die Bundesrepublik zu noch größerer Abhängigkeit von Importquoten (<https://www.heise.de/news/Energiewende-Forscher-warnen-vor-neuen-Rohstoff-Abhaengigkeiten-8993756.html>). Aus dem „Eckpunktepapier des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz unter dem Titel: „Wege zu einer nachhaltigen und resilienten Rohstoffversorgung“ vom 30.01.2023 geht hervor: „Der Ausstieg aus den fossilen Technologien und die Transformation hin zu treibhausgasneutralen Technologien führt zu einem erheblichen Mehrbedarf an entsprechenden mineralischen Rohstoffen und insbesondere an Metallen wie z.B. Lithium, Nickel, Kupfer, Magnesium, Titan, Gallium, Germanium, Seltenen Erden und Iridium“. Einige Maßnahmen sind im Eckpunktepapier der Bundesregierung zwar als sinnvoll zu bewerten, reichen jedoch noch nicht aus und lösen noch nicht die Versorgungsprobleme der deutschen Industrie. Dass im Januar 2023, gerade mal drei Jahre danach, wieder ein neues Eckpunktepapier der Bundesregierung zur Rohstoffversorgung (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz: „Eckpunktepapier: Wege zu einer nachhaltigen und resilienten Rohstoffversorgung“ vom 30.01.2023) erschien, bestätigt, dass die noch aktuelle Rohstoffstrategie der Bundesregierung aus der vergangenen Legislaturperiode erfolglos blieb.

Gleichermaßen konnte die EU-Rohstoffallianz weder den Rohstoffmangel mindern noch die Märkte diversifizieren. Im Gegenteil. Die Abhängigkeiten verschärfen sich. Die kritischen Importe aus China betragen inzwischen bei Seltenen Erden 98 Prozent, bei Magnesium 93 Prozent und bei Lithium 97 Prozent (<https://de.euronews.com/my-europe/2023/03/15/von-der-leyen-will-europa-bei-rohstoffen-unabhaenger-von-china-machen>). Und der Bedarf an Rohstoffen nimmt im Zuge der Öko-Transformation weiter zu. Laut Berechnungen der Deutschen Welle wird in der EU „bis 2030 allein der Bedarf an Kobalt fünf Mal so hoch sein wie derzeit, schätzt die EU. Getrieben durch die E-Mobilität, wo Lithium für Batterien gebraucht wird, könnte sich der Lithiumbedarf bis 2030 verachtzehnfachen. Bis 2050 könnte sogar 60-mal so viel Lithium gebraucht werden wie jetzt“ (<https://www.dw.com/de/heute-russland-morgen-china-europas-gef%C3%A4hrliche-abh%C3%A4ngigkeit-bei-kritischen-metallen/a-61449348>).

Zu Forderung 4:

Zahlreiche Forschungsinstitute beschäftigen sich mit der Frage, wie man Energie und Rohstoffe in der Produktion effizient einsetzen kann. Ein technologieoffener und forschungsbasierter Einsatz von Rohstoffen schont Ressourcen. So stellt die Fraunhofer-Studie „Energieeffizienz in der Produktion“ Handlungs- und Forschungsbedarf fest (https://www.fraunhofer.de/content/dam/zv/de/forschungsthemen/energie/Studie_Energieeffizienz-in-der-Produktion.pdf).

Zu Forderung 5:

Die aktuelle EU-Verordnung „zur Schaffung eines Rahmens zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen und zur Änderung der Verordnungen“ („Critical Raw Materials Act“) vom 20. März 2023 einen einseitigen Fokus auf die Versorgung mit kritischen Rohstoffen, vor allem auf die, „die besonders für die grüne und digitale Transformation benötigt werden“ (Erläuterung des Referats PE 2, des Deutschen Bundestages vom 9. Mai 2023). Diese Verordnung hat die falsche Zielsetzung. Statt die Versorgung und den Erhalt der freien Marktwirtschaft anzustreben, ist die Verwirklichung des Industriepfandes „Grünen Deal“ im Fokus. Sie löst deshalb nicht die Versorgungsprobleme, sondern schafft weitere Vorschriften, wie die Quotenvorgaben für Beschaffungsquellen, Pflichtvorgaben zur Benennung einer Behörde für das Monitoring oder Pflichtvorgaben zum Stresstests für die Unternehmen.

Zu Forderung 6:

Unternehmen müssen häufiger große Mengen an Rohstoffen ordern, weil diese nicht kontinuierlich in der Bedarfsmenge verfügbar sind und/oder erst bei Abnahme bestimmter Mengen ein akzeptabler Preis am Markt erzielt werden kann. In kritischen Bereichen, wo es noch nicht geschehen ist, müssen nationale Verbände geschaffen werden, um einer möglichen Abhängigkeit von diesen Konzernen entgegenwirken zu können.

Zu Forderung 7:

In der Anhörung des Wirtschaftsausschusses vom 29.11.2022, siehe hierzu auch A-Drs. 20(9)191 – Stellungnahmen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V. (BDI), zum Thema Rohstoffsicherung plädierte der Sachverständige des BDI für „steuerliche Anreize für die Rohstofflagerhaltung auf Unternehmensebene bzw. die Aufhebung der derzeitigen steuerbilanziellen Benachteiligung. Durch eine Anpassung der Steuergesetzgebung, konkret eine Rohstoffbevorratungsrücklage, könnte der Nachteil behoben werden.“ Das von den Unternehmen in den Verband investierte Kapital muss bereits im ersten Jahr steuerlich absetzbar sein. In diesem Zusammenhang sollte es auch möglich sein, dass Unternehmen eigene Vorräte an Rohstoffen als „Kapital“ in die Einkaufsverbände einbringen können, ohne die Veräußerung als Gewinn unmittelbar versteuern zu müssen.

Zu Forderungen 08 und 09:

Der Staat muss die Erschließung neuer Rohstoffquellen und langfristige Rohstofflieferverträge durch Kooperationsprojekte der Entwicklungspolitik unterstützen, z.B. indem unter maßgeblicher deutscher Industrie- und Bankenbeteiligung eine einheimische Industrie aufgebaut wird. Zwischen einem Exportland, welches die Verhüttung, Veredelung und Verarbeitung der Rohstoffe zu Halbzeug und Vorprodukten übernimmt, und der deutschen Industrie müssen langfristige Lieferverträge mit stabilen Konditionen vereinbart (ein „Win-Win-Verhältnis“) werden. Wertschöpfung vor Ort und Teilhabe an Gütern schafft Wohlstand, Frieden und Sicherheit.

Zur strategischen Neuausrichtung der Handelspolitik erklärte Wirtschaftsminister Habeck „Diversifizierung in den Handelsbeziehungen“ zur „Schlüsselaufgabe“ (<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/g7-welt-handel-2126582>). Sachfremde Bestimmungen des Bundes beim Import von Rohstoffen (die sog. Sorgfaltspflichten im Lieferkettengesetz) müssen dringend aufgehoben werden, da sie die Diversifizierung von Importquellen verhindern und deshalb kontraproduktiv sind. Ebenfalls die Sanktionen. Von den Sanktionen, die der deutschen Wirtschaft massiv schaden, muss die Bundesregierung absehen, um die Versorgung mit strategischen Rohstoffen nicht zu gefährden.

Zu Forderungen 10 und 11:

Matthias Wachter, für Rohstoffe zuständiger Abteilungsleiter beim BDI warnt vor stets steigender Abhängigkeit Deutschlands von Importen aus dem Ausland. "Bei vielen mineralischen Rohstoffen ist die Abhängigkeit, insbesondere von China, bereits wesentlich größer als die bisherige Abhängigkeit Deutschlands von russischem Gas." Teil der Lösung sieht BDI in Gewinnung heimischer Rohstoffe. Sie führen zu „mehr Nachhaltigkeit und die Reduzierung von Importabhängigkeiten“ (<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/rohstoffe-abhaengigkeit-studie-deutschland-101.html>). Deshalb muss inländischer Bergbau weiter ausgebaut werden. Die Anliegen der Bevölkerung vor Ort müssen berücksichtigt werden, die Bedenken müssen ausgeräumt werden. Angesichts der globalen Krisen ermöglicht der inländische Bergbau eine sichere Versorgung von Unternehmen mit Rohstoffen, die im Land vorhanden sind. Der gleiche Ansatz gilt für die Energieproduktion im Land.